

DAS ENDE DES STATUS QUO?

EIN BEITRAG ZUR DEBATTE ÜBER NORMALISIERUNG UND ANTI-NORMALISIERUNG IN DER PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT

Hans Maria Heÿn / Bastian Schroeder

Normalisierung ist ein viel diskutiertes Thema innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Die Meinungen, ob und in welcher Form Palästinenser mit Israelis in den Dialog treten sollten, gehen bisweilen weit auseinander und spalten die palästinensische Gesellschaft in verschiedene Lager.¹ Die gängigste Definition von Normalisierung hat die Palestinian Campaign for the Academic & Cultural Boycott of Israel (PACBI) formuliert: „[Als Normalisierung gilt] die Teilnahme an Projekten, Initiativen oder Aktivitäten – in Palästina oder außerhalb – in jeder Form, die darauf abzielen (implizit oder explizit), Palästinenser [...] und Israelis (Personen oder Institutionen) zusammenzubringen, ohne sich dem Ziel des Widerstandes gegen die israelische Besatzung und ihrer Anprangerung sowie der Diskriminierung gegenüber den Palästinensern verschrieben zu haben.“² Diese Definition wurde auch von anderen Normalisierungsgegnern wie der international bekannten Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)-Bewegung³, übernommen.

Auffällig ist, dass die Bereitschaft zum Dialog in den letzten Jahren in fast allen Schichten der palästinensischen Gesellschaft deutlich zurückgegangen ist und die Anti-Normalisierungsbewegung zunehmend an Einfluss gewinnt. Eine ähnliche Entwicklung – nämlich ein deutlich geringeres Interesse an den Palästinensern und der Bereitschaft zum Dialog – lässt sich auch in der israelischen



Dr. Hans Maria Heÿn leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten.



Bastian Schroeder ist Programm-Manager der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah.

- 1 | Vgl. Walid Salem, „The Anti-Normalization Discourse in the Context of Israeli-Palestinian Peace-Building“, *Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture* 12, 01/2005, S. 107.
- 2 | Eigene Übersetzung. PACBI, „Israel’s Exceptionalism: Normalizing the Abnormal“, 31.10.2011, <http://pacbi.org/etemplate.php?id=1749> [21.04.2014].
- 3 | Die BDS-Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, nach dem Vorbild Südafrikas durch Boykott, Abzug von Finanzmitteln und Sanktionen internationalen Druck auf Israel auszuüben, die Besatzung der Palästinensischen Gebiete zu beenden.

Gesellschaft beobachten.⁴ Zuletzt wurde dies im Zuge der israelischen Parlamentswahlen am 17. März 2015 deutlich.⁵ Dabei ist Anti-Normalisierung in ihrer heutigen Form ein relativ junges Phänomen, das eng mit dem stagnierenden Friedensprozess verbunden ist. Das Jahr 2014 hat hier einmal mehr gezeigt, dass Israelis und Palästinenser weit von einer Lösung des Konflikts entfernt sind; und auch die erste Jahreshälfte des Jahres 2015 verspricht keine Besserung. Diese vorherrschende Perspektivlosigkeit verschafft den Dialog-Kritikern weiteren Zulauf.

Es sollte nicht der Fehler begangen werden, die Normalisierungsgegner als eine homogene Gruppe zu betrachten. Die Bewegung ist weitaus heterogener, als es von außen den Anschein macht.

Zum Verständnis des Phänomens ist es daher wichtig, den politischen Kontext kurz zu rekapitulieren. Darüber hinaus sollte nicht der Fehler begangen werden, die Normalisierungsgegner als eine homogene Gruppe

zu betrachten. Die Bewegung ist weitaus heterogener, als es von außen den Anschein macht, weshalb ihre unterschiedlichen Ausprägungen im Folgenden analysiert werden. Normalisierungsgegner sind unter bestimmten Bedingungen durchaus bereit, mit Israelis in den Dialog zu treten, und richten ihre Aktivitäten dementsprechend aus. Zum besseren Verständnis sollen diese unterschiedlichen Ausprägungen an einigen kurzen Fallbeispielen veranschaulicht werden. Die Frage, die letztendlich beantwortet werden muss, ist, wie die internationale Gemeinschaft in Zukunft mit dem Phänomen Anti-Normalisierung umgehen kann. Das gilt vor allem für jene Einrichtungen und Organisationen vor Ort, die Dialogprojekte finanzieren und ausrichten. Denn es ist mittlerweile keine Seltenheit mehr, dass Normalisierungsgegner Dialogveranstaltungen stören. Das behindert nicht nur die Planung solcher Aktivitäten, sondern auch deren erfolgreiche Durchführung. Grundsätzlich ist aber davon auszugehen, dass, so lange keine tragfähige Lösung des Nahost-Konflikts in greifbarer Nähe ist, die Anti-Normalisierungsbewegung weiterhin bestehen wird. Daher ist es notwendig, ihre Argumente und Motive besser zu verstehen.

4 | Vgl. Moshe Arens, „Five Blows That Shrank Israel's Peace Camp“, *Haaretz*, 26.10.2010, <http://haaretz.com/print-edition/opinion/1.321190> [13.05.2015]. Dieser Beitrag befasst sich jedoch ausschließlich mit der Anti-Normalisierungsbewegung in den palästinensischen Gebieten.

5 | Der Konflikt mit den Palästinensern war nur am Rand ein Thema im Wahlkampf und der erneute Wahlsieg Netanjahus, der während des Wahlkampfes einem Palästinenserstaat eine Absage erteilte, ist Ausdruck für das sinkende Interesse an den palästinensischen Nachbarn. Für eine ausführliche Analyse siehe Michael Borchard/Evelyn Gaiser, „Schockstarre versus Euphorie. Israel nach den Wahlen zur 20. Knesset“, <http://kas.de/israel/de/publications/40770> [13.05.2015].

Ziel der Debatte muss es am Ende sein, einen ergebnisorientierten Dialog zwischen Israelis und Palästinensern wieder zu gewährleisten und beide Seiten über direkte Gespräche eine tragfähige Lösung erarbeiten zu lassen.

NORMALISIERUNG IM LICHT DER GEGENWÄRTIGEN POLITISCHEN ENTWICKLUNGEN

Das Jahr 2014 brachte viele richtungweisende Entscheidungen, die das Umfeld der Normalisierungsdebatte bestimmen. Den gescheiterten Friedensverhandlungen unter Federführung von US-Außenminister John Kerry zu Beginn des vergangenen Jahres folgte im April 2014 die Bildung einer palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit zwischen der im Westjordanland regierenden Fatah und der im Gazastreifen regierenden Hamas. Fast im Anschluss daran, vom 8. Juli bis zum 26. August, befanden sich Israel und die Hamas im bisher verheerendsten Gaza-Krieg.⁶ Im Zuge dieser Entwicklungen⁷ rückte die Aussicht auf eine Wiederaufnahme der politischen Gespräche vorerst in weite Ferne. Diplomatischen Aufwind und neue Hoffnung erhielten die Palästinenser in der zweiten Jahreshälfte im Zuge der Anerkennung Palästinas als Staat in den Grenzen von 1967 durch die Parlamente einiger EU-Mitgliedstaaten.⁸

Diplomatischen Aufwind erhielten die Palästinenser im Zuge der Anerkennung Palästinas als Staat in den Grenzen von 1967 durch die Parlamente einiger EU-Mitgliedstaaten.

- 6 | Laut Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der VN (OCHA) kamen im Krieg insgesamt 2.131 Palästinenser und 71 Israelis ums Leben. Über 100.000 Menschen verloren ihr Zuhause und leben derzeit in Notunterkünften der VN. Vgl. OCHA, „Occupied Palestinian Territory: Gaza Emergency Situation Report“, OCHA, 04.09.2014, http://ochaopt.org/documents/ocha_opt_sitrep_04_09_2014.pdf [13.05.2015].
- 7 | Der Gaza-Krieg war das Ergebnis einer Verkettung von Ereignissen und begann mit der Entführung von drei israelischen Jugendlichen in der Nähe von Hebron. Daraufhin führte das israelische Militär eine massive Suchaktion und Militäroperation (Brother's Keeper) gegen die Hamas im Westjordanland durch. Ebenso wurden zahlreiche Hamas-Ziele im Gazastreifen aus der Luft angegriffen. In Reaktion darauf kam es zu mehrfachem Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen.
- 8 | Seit Oktober 2014 erkennt Schweden Palästina als offiziellen Staat an. In Großbritannien, Spanien, Frankreich und Irland wurden von den Parlamenten Anerkennungsempfehlungen ausgesprochen, denen die jeweiligen Regierungen jedoch bisher nicht gefolgt sind.



Europäisches Parlament verabschiedet Entschließung zur Eigenstaatlichkeit Palästinas in den Grenzen von 1967: Es „unterstützt grundsätzlich die Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit und die Zwei-Staaten-Lösung und ist der Auffassung, dass diese mit der Entwicklung der Friedensgespräche einhergehen sollten.“ | Quelle: Pietro Naj-Oleari, Europäisches Parlament, flickr @f@f@f.

Getragen von dieser Entwicklung überraschte die palästinensische Führung um Präsident Mahmoud Abbas kurz vor dem Jahreswechsel 2014/2015 mit der Umsetzung ihres Vorhabens, ein vom VN-Sicherheitsrat festgelegtes Enddatum der israelischen Besatzung zu erwirken. Eine von Jordanien im Namen der Palästinenser eingebrachte Resolution sah dementsprechend vor, die Besatzung der Palästinensischen Gebiete durch Israel bis Juli 2017 zu beenden. Die Resolution erhielt in einer Sitzung des Sicherheitsrates am 30. Dezember 2014 jedoch nicht die benötigte Mehrheit von neun Stimmen.⁹ Als Reaktion auf das Scheitern der Resolution entschied die palästinensische Führung, die Mitgliedschaft in zahlreichen internationalen Abkommen anzustreben. Vor allem die Unterzeichnung des Rom-Statuts, der vertraglichen Grundlage des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, sorgte für erhebliche diplomatische Verwerfungen mit Israel und den USA.¹⁰ Israel behielt als Reaktion palästinensische Zolleinnahmen ein und brachte die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) damit an den

9 | Vgl. Michael R. Gordon/Somini Senguptar, „Resolution for Palestinian State Fails in Security Council“, *The New York Times*, 30.12.2014, <http://nyti.ms/1wzhDDj> [13.05.2015].

10 | Vgl. John Hudson, „Israel US Slam Palestinian Bid to Join International Criminal Court“, *Foreign Policy*, 31.12.2014, <http://foreignpolicy.com/2014/12/31/israel-u-s-slam-palestinian-bid-to-join-international-criminal-court> [21.04.2015].

Rand des Zusammenbruchs. Bis zum formellen Inkrafttreten des Beitritts musste jedoch zunächst die satzungsgemäße Frist von 60 Tagen eingehalten werden. Seit dem 1. April 2015 sind die Palästinensergebiete nun offizieller Vertragsstaat des IStGH und die palästinensische Führung erwägt bereits Klagen gegen israelische Regierungsvertreter oder Militärangehörige.¹¹ Diese Schritte sind Zeichen der neuen Strategie der palästinensischen Führung, den Konflikt mit Israel zu internationalisieren und zu verrechtlichen.¹²



Im Rahmen der so genannten Statusaufwertung vor den Vereinten Nationen treffen Präsident Abbas und VN-Generalsekretär Ban Ki-moon in New York zusammen. | Quelle: Hansine Korslien, Norwegische VN-Delegation, flickr ©①②③.

Dieser Strategiewechsel ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass das Vertrauen in Verhandlungen im politischen Establishment und in der Bevölkerung schwindet.¹³ Zu lange hatte Präsident Abbas seinen Ankündigungen keine Taten folgen lassen und damit aus Sicht der Palästinenser politisches Kapital eingebüßt. Deutlich wurde dies vor allem nach dem Gaza-Krieg, als die Zustimmungswerte von Fatah und Präsident Abbas einbrachen und stattdessen

- 11 | Im Raum stehen Klagen gegen Israels illegale Siedlungspolitik im Westjordanland und Ost-Jerusalem sowie das Vorgehen gegen Zivilisten während des Gaza-Krieges 2014.
- 12 | Die Umsetzung der Strategie begann im November 2012, als Palästina einen Beobachterstatus in den VN beantragte und diesen durch die Generalversammlung erhielt.
- 13 | Vgl. Palestinian Centre for Policy and Survey Research (PSR), „Palestinian Public Opinion Poll No 54“, 12/2014, <http://pcpsr.org/en/node/600> [13.05.2015].

die Hamas und Ismail Haniyya deutlich gestärkt wurden.¹⁴ Sieben Monate nach dem Krieg sind die Umfragewerte wieder auf das Vorkriegsniveau zurückgekehrt und die Zustimmungswerte von Mahmoud Abbas deutlich gestiegen.¹⁵ Dennoch kann dieser sich nicht in Sicherheit wägen und wird sich weiterhin gegenüber der Hamas behaupten müssen.

Die Bevölkerung schöpft besonders aus der Anerkennung Palästinas durch die Parlamente europäischer Staaten Hoffnung für die Schaffung eines eigenen Staates.

Der Strategiewechsel der Regierung kann daher als Versuch verstanden werden, mit dem Status quo zu brechen und Rückhalt in der Bevölkerung zurückzugewinnen. Denn

innerhalb der palästinensischen Gesellschaft wird diese neue politische Linie positiv bewertet. Die Bevölkerung schöpft besonders aus der Anerkennung Palästinas durch die Parlamente europäischer Staaten Hoffnung für die Schaffung eines eigenen souveränen Staates. Zudem unterstützten im Januar 73 Prozent der Palästinenser den Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof¹⁶ und 86 Prozent befürworteten eine Klage.¹⁷ Im Gegensatz zu ihren politischen Entscheidungsträgern haben große Teile der palästinensischen Zivilgesellschaft und viele politische Bewegungen diesen Strategiewechsel schon vor geraumer Zeit vollzogen.

Für die Palästinenser ist die Ära nach den Oslo-Abkommen (1993 bis 1995) geprägt von Enttäuschung und Desillusionierung. Während sich die Frustration über die Fortdauer des Status quo innerhalb der Bevölkerung im Zuge der zweiten Intifada (2000 bis 2005) im gewaltsamen Widerstand entlud, haben in den letzten Jahren Gruppierungen, die zum Gewaltverzicht aufrufen, einen neuen Stellenwert erreicht. Dies manifestiert sich unter anderem in der BDS-Bewegung, die sowohl national als auch international aktiv ist.¹⁸ Anti-Normalisierung ist ein zentraler Bestandteil von BDS und hat auch im Zuge der wachsenden Boykott-Bewegung an Popularität gewonnen.

14 | Vgl. PSR, „Special Gaza War Poll“, 08/2014, <http://pcpsr.org/en/node/492> [13.05.2015].

15 | Vgl. PSR, „Palestinian Public Opinion Poll No 55“, 03/2015, <http://pcpsr.org/en/node/605> [13.05.2015].

16 | Vgl. PSR, Fn. 13.

17 | Vgl. PSR, Fn. 15.

18 | Vgl. Omar Barghouti, „Is BDS' campaign against Israel reaching a turning point?“, *Al Jazeera*, 22.12.2013, <http://aljazeera.com/indepth/opinion/2013/12/bds-campaign-against-israel-reaching-turning-point-201312225320764121> [13.05.2015].

Zwischen der offiziellen politischen Linie und der öffentlichen Meinung herrscht aber weiterhin eine deutliche Diskrepanz. Auch wenn einzelne Funktionäre innerhalb der PA mit der Anti-Normalisierungsbewegung sympathisieren mögen, hat Anti-Normalisierung keinen Einzug in die offizielle Politik gefunden. Vielmehr wird die PA von BDS-Gruppierungen und Normalisierungsgegnern regelmäßig für ihre Zusammenarbeit mit Israel kritisiert.¹⁹ Dies bezieht sich sowohl auf verschiedene direkte politische Gespräche²⁰ als auch auf die sehr enge Sicherheitskooperation.²¹

URSPRUNG UND ZIELE VON ANTI-NORMALISIERUNG

Bereits Mitte der 1980er Jahre debattierten der palästinensische Anwalt Jonathan Kuttab und der israelische Politikwissenschaftler Dr. Edy Kaufman öffentlich über Art und Weise des Dialogs zwischen Israelis und Palästinensern. Kuttab hatte die Diskussion mit seinem Artikel „Die Fallstricke des Dialogs“²² in der Zeitung *al-Fajr* angestoßen. Darin kritisierte er, dass jeder Dialog zwischen Besatzern und Besetzten grundsätzlich asymmetrisch sei, jedoch in vielen Fällen den Anschein erwecke, die Dialogparteien begegneten sich auf Augenhöhe. Darüber hinaus ignorierten seiner Ansicht nach Dialogveranstaltungen häufig zentrale Gegenstände des Konflikts (wie zum Beispiel Besatzung, Bewegungsfreiheit, natürliche Ressourcen) und befassten sich stattdessen nur mit Oberflächlichkeiten. Damit laufe man Gefahr, den Dialog nur noch um des Dialoges Willen zu betreiben und in letzter Konsequenz den Status quo zu verfestigen, anstatt ihn zu verändern.²³ Kaufman argumentierte dagegen, dass Dialog keine Abfolge einzelner Veranstaltungen, sondern eine andauernde Bemühung sei. Schwierige Fragen benötigten eine Zeit fortlaufender Diskussionen, die man entsprechend steuern könne. Zudem sei ein zentrales Ziel

19 | Vgl. Daoud Kuttab, „At Mandela funeral, Abbas says he opposes boycott of Israel“, *Al-Monitor*, 13.12.2013, <http://al-monitor.com/pulse/originals/2013/12/abbas-attacks-bds.html> [13.05.2015]; Omar Barghouti, „Israeli-Arab Normalization Hits a Snag“, *Al-Akhbar*, 28.04.2012, <http://english.al-akhbar.com/node/6756> [21.04.2015].

20 | Vgl. „Abbas to meet with members of Knesset in Ramallah“, *The Jerusalem Post*, 15.04.2014, <http://jpost.com/Diplomacy-and-Politics/Abbas-to-meet-with-members-of-Knesset-in-Ramallah-348567> [13.05.2015].


21 | Vgl. Jessica Purkiss, „Will the Palestinian leadership really halt security cooperation with Israel?“, *The Middle East Monitor*, 12.12.2014, <http://middleeastmonitor.com/articles/middle-east/15796> [13.05.2015].

22 | Jonathan Kuttab/Edy Kaufman, „An Exchange on Dialogue“, *Journal of Palestine Studies* 17, Nr. 2/1988, S. 84-108.

23 | Vgl. ebd., S. 85 f.

von Dialog, Vertrauen zwischen den Parteien zu schaffen, um auch größere Hürden auf dem Weg zu meistern.²⁴



BDS-Demonstration im Jahr 2010: Anti-Normalisierung ist ein zentraler Bestandteil von BDS und hat auch im Zuge der wachsenden Boykott-Bewegung an Popularität gewonnen. | Quelle: Stephanie Law, flickr ©

Während der Ersten Intifada (1987 bis 1993) verstummte der Dialog zwischen Israelis und Palästinensern fast vollständig und damit auch die Debatte über dessen Sinnhaftigkeit. Erst im Zuge des Osloer Friedensprozesses (1993 bis 1995) kam es erneut zu einer Annäherung. Die Hoffnung auf eine zeitnahe Lösung des Konflikts erzeugte auf beiden Seiten die Bereitschaft, wieder miteinander zu kommunizieren. Dies wurde besonders von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft großzügig unterstützt. Dialogprojekte wurden zahlreich initiiert und es entstand eine regelrechte „Friedensindustrie“. Eines der prominentesten Dialogprogramme jener Zeit ist das Begegnungsprogramm „Seeds of Peace“, das Jugendliche aus Konfliktgebieten in einem Ferienlager zusammenbringt.²⁵ Es existiert immer noch, wird jedoch heute – wie auch viele vergleichbare Initiativen – von Normalisierungsgegnern heftig kritisiert.²⁶

24 | Vgl. ebd., S. 94.

25 | Das Programm wurde für israelische und palästinensische Jugendliche geschaffen, arbeitet mittlerweile jedoch mit Jugendlichen aus Konfliktgebieten weltweit.

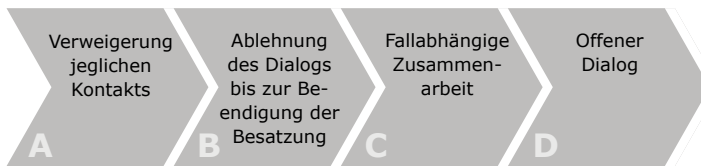
26 | Vgl. Omar H. Rahman, „Co-existence vs. Co-resistance: A case against normalization“, +972, 03.01.2012, <http://972mag.com/co-existence-vs-co-resistance-a-case-against-normalization/32076> [13.05.2015].

Die Oslo-Abkommen konnten die hohen Erwartungen aus Sicht vieler beteiligter Akteure nicht erfüllen. Dem anfänglichen Enthusiasmus folgte schnell Ernüchterung und Desillusion.²⁷ Für die Palästinenser gilt der Oslo-Friedensprozess schon lange als gescheitert.²⁸ Auch ranghohe israelische Politiker kommen mittlerweile zu einem ähnlichen Schluss.²⁹ Zu Beginn der 2000er Jahre kulminierte die Frustration über den Status quo in der Zweiten Intifada. Spätestens danach hatten viele Post-Konflikt-Dialogprogramme der Oslo-Ära ihre Relevanz verloren. Darüber hinaus forcierte die israelische Regierung aus Angst vor weiteren Terroranschlägen die räumliche Trennung von Palästinensern und Israelis, was den Dialog seitdem auch physisch erschwert. In der Folge treten beide Konfliktparteien außerhalb von gezielten Dialogveranstaltungen kaum noch miteinander in Kontakt.

Basierend auf der eingangs erwähnten Definition von Normalisierung haben es sich Normalisierungsgegner zur Aufgabe gemacht, Fälle von Normalisierung öffentlich anzuprangern, zu verhindern oder sogar rückgängig zu machen. Ihr erklärtes Ziel ist es, „den Konflikt von seinen vielen Illusionen und Nettigkeiten zu Gunsten der nackten Wahrheit“³⁰ zu befreien. Abstrakt gesehen, lassen sich Normalisierungsgegner in vier Lager unterteilen (siehe Abb. 1).³¹

Abb. 1

Spektrum der Anti-Normalisierungs- und Normalisierungsbewegung



Quelle: Eigene Darstellung.

27 | Palästina ist nach wie vor kein souveräner Staat, die Anzahl israelischer Siedler im Westjordanland und in Ost-Jerusalem wächst stetig. Man hat keine Kontrolle über natürliche Ressourcen, wie z.B. Wasser usw.

28 | Vgl. Edward Said, *The End of the Peace Process. Oslo and After*, London, 2000; Salam Fayyad, „Oslo is Dead“, *Foreign Affairs*, 02.10.2014, <http://foreignaffairs.com/articles/142134/salam-fayyad/oslo-is-dead> [21.04.2015].

29 | Vgl. Barak Ravid, „Lieberman: Palestinian moves at ICC show Oslo Accords have collapsed“, *Haaretz*, 04.01.2015, <http://haaretz.com/print-edition/opinion/1.635216> [13.05.2015].

30 | Rahman, Fn. 25.

31 | Vgl. Riman Barakat/Dan Goldenblatt, „Coping with Anti-Normalization“, *Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture* 18, 2-3/2012, S. 86-95.

- A. Rigorose Verfechter von Anti-Normalisierung lehnen jeden Kontakt zu Israelis ab. Sie sehen in Israel keinen Gesprächspartner und bezeichnen den Dialog mit Israelis als Verrat an der palästinensischen Sache. Diese Form der Anti-Normalisierung erfährt jedoch eher geringen Zuspruch in der palästinensischen Bevölkerung und ist als Minderheitsposition anzusehen.
- B. Stärker verbreitet ist hingegen die Ansicht, dass die Normalisierung der Beziehungen zu Israel nicht die Bedingung, sondern die Folge von Verhandlungen sein sollte. Anhänger dieser Position argumentieren, dass es in der aktuellen Situation schlichtweg unmöglich sei, zu behaupten, Israelis und Palästinenser könnten sich auf Augenhöhe begegnen. Jeder Austausch zwischen ihnen müsse daher als Austausch zwischen Besatzern und Besetzten angesehen werden. Auf gemeinsamen Veranstaltungen so zu tun, als sei dies nicht der Fall, sei daher Zeitverschwendung. Aus dieser Ansicht resultiert die Verlautbarung, jeglichen Dialog vor Ende der Besatzung zu vermeiden. Im Anschluss könne und solle man sich jedoch als Gleichgestellte begegnen und austauschen.
- C. Für den Großteil der Normalisierungsgegner ist der Dialog mit Israelis fallabhängig. Sie betonen, dass der Dialog mit Israelis an sich nicht das Problem sei, sondern seine Qualität. Zur Bewertung von Projekten und Aktivitäten dient vielen Anhängern dieser Gruppe eine von PACBI formulierte Leitlinie³², die im Kern auf der Anerkennung grundlegender Rechte für die Palästinenser³³ basiert. Diese Richtlinien/Vorgaben stellen ein Grundgerüst für Ablauf und Inhalte der Treffen dar.
- D. Die Vertreter des offenen Dialogs wiederum stellen keine Bedingungen an Treffen mit Israelis. Für sie ist das Gespräch zwischen beiden Seiten ein wichtiger Kanal, um für Verständnis und Ausgleich zu sorgen.

32 | Weitere Informationen zum „co-resistance framework“ unter: PACBI, „Israel’s Exceptionalism: Normalizing the Abnormal“, PACBI, 31.10.2011, <http://pacbi.org/etemplate.php?id=1749> [21.04.2015].

33 | Es werden unter anderem das Recht auf Widerstand gegen die Besatzung, das Erwirken umfassender Bürgerrechte für palästinensische Israelis und das Recht auf Rückkehr für die 1948 aus Israel vertriebenen Palästinenser genannt.

ANTI-NORMALISIERUNG IN DER PRAXIS

In der Praxis sind die Grenzen zwischen den verschiedenen Lagern fließend. Wie strikt die Anwendung der Richtlinien eingehalten wird, variiert zudem von Person zu Person. Widersprüchliche Haltungen sind dabei keine Seltenheit. Zur Veranschaulichung der oben genannten Einteilung werden im Folgenden einige praktische Beispiele genannt:

1. Im Jahr 2014 rief PACBI dazu auf, den Auftritt einer indischen Tanzgruppe zu boykottieren, die der Einladung zur palästinensischen Buchmesse in Ramallah gefolgt war.³⁴ Da die Gruppe zuvor bereits vor Mitgliedern der Indischen Gesellschaft in Tel Aviv aufgetreten war, wurde die Veranstaltung als Form von Normalisierung angeprangert. Normalisierungsgegner forderten das palästinensische Kulturministerium dazu auf, die Veranstaltung abzusagen. Der Aufforderung kam die PA jedoch nicht nach, woraufhin BDS-Anhänger die Veranstaltung gezielt störten. Sie beschimpften neben dem Veranstalter und den Teilnehmern auch offizielle Vertreter der palästinensischen und indischen Regierungen. Im darauffolgenden Handgemenge wurden mehrere Aktivisten festgenommen. Das Kulturministerium entschuldigte sich im Nachhinein in einer offiziellen Stellungnahme bei den Veranstaltern und Teilnehmern für den Vorfall. Im Gegenzug beschuldigte ein Sprecher der BDS-Bewegung die Autonomiebehörde, mit der Festnahme der Demonstranten die israelische Besatzung zu unterstützen.³⁵ Dieser Fall veranschaulicht nicht nur die unterschiedlichen Auffassungen in der Sache, sondern illustriert auch, wie weit die Positionen der palästinensischen Regierung mitunter von jenen der Normalisierungsgegner entfernt liegen. Als Folge kommt es immer wieder zu offenen Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten.

Es bestehen nicht nur unterschiedliche Auffassungen, sondern die Positionen der palästinensischen Regierung liegen mitunter weit von jenen der Normalisierungsgegner entfernt.

34 | Vgl. Khaled Abu Toameh, „Palestinians’ ‚Anti-Normalization’ Movement“, Gatestone Institute, 14.04.2014, <http://gatestoneinstitute.org/4270/palestinians-normalization-dancers> [13.05.2015].

35 | Vgl. Khaled Abu Toameh, „Palestinians: BDS Activists Are Troublemakers, Criminals“, Gatestone Institute, 30.05.2014, <http://gatestoneinstitute.org/4334/palestinians-bds-trial> [13.05.2015].

2. Ein weiterer Fall, der auch in den deutschen Medien aufgegriffen wurde, sind die Anfeindungen im Rahmen der Fernseh-dokumentation *24h Jerusalem*.³⁶ Die Gemeinschaftsproduktion von *Arte* und *Bayerischem Rundfunk* benötigte nach Beginn der Dreharbeiten zahlreiche Anläufe bis zu ihrem Abschluss. Im Sinne des Austausches und der besseren Vernetzung sollten sowohl palästinensische als auch israelische Filmemacher an der Produktion teilnehmen. Die Umsetzung des Projekts wurde jedoch wiederholt von palästinensischen Normalisierungsgegnern mit der Begründung verzögert, der Film zeige Jerusalem nicht in all seinen Facetten und stelle die Besetzung des palästinensischen Ost-Jeruselems in verzerrten Bildern als eine Art Normalzustand dar. Neben Aufrufen, die Zusammenarbeit sofort zu beenden, erhielten die palästinensischen Regisseure, Filmteams und Protagonisten auch direkte und persönliche Drohungen. Mit Erfolg, denn die Palästinenser zogen sich aus dem Projekt zurück. Daraufhin wurden die Dreharbeiten komplett gestoppt, da die Produzenten keinen Film aus ausschließlich israelischer Perspektive drehen wollten. Zwar konnte das Projekt ein Jahr später, im April 2013, dennoch realisiert werden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass Palästinenser und Israelis während der Planung und Durchführung der Dreharbeiten vollkommen getrennt voneinander arbeiteten. Somit spiegelte der Film über Jerusalem ungewollt sehr viel der täglichen Realität in der Stadt wider.
3. Ein Beispiel, in dem die Zusammenarbeit von Palästinensern und Israelis nicht als Normalisierung betrachtet wird, sind die gemeinschaftlichen Proteste, die immer wieder gegen den Sperranlagenbau durchgeführt werden. Hier arbeiten israelische und palästinensische Organisationen, Vertreter der Zivilgesellschaft und oftmals auch religiöse Vertreter Hand in Hand. Fälle wie dieser sind jedoch eher selten. Das hat einerseits mit dem umfassenden Kriterienkatalog zu tun, die die Normalisierungsgegner bei ihrer eigenen Bewertung anlegen. Bei einer restriktiven Auslegung gewährt dieser kaum Spielraum, sodass selbst bei dem leisesten Anflug von Normalisierung mit Widerstand gerechnet werden muss. Andererseits sind Kooperationsmöglichkeiten stark eingeschränkt, da auch die Gruppe israelischer Dialogpartner in den letzten Jahren immer kleiner geworden ist.

36 | Vgl. Hans-Christian Rössler, „Zwischen den Fronten des Nahost-Konflikts“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.04.2014, <http://faz.net/-gqz-7o8iw> [13.05.2015].



Mitglieder der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag informieren sich vor Ort am Jordan über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umwelt- und Wasserbereich. | Quelle: © KAS Ramallah.

4. Gleichwohl gibt es Gruppierungen auf beiden Seiten, die den „grenzüberschreitenden“ Dialog und die Zusammenarbeit für notwendig erachten oder sie durch ihre Arbeit befördern. In vielen Fällen handelt es sich um Fachveranstaltungen und Projekte, die den themenspezifischen Dialog befürworten, nicht um des Dialoges willen, sondern in der Regel um ein gemeinsames Anliegen voranzutreiben. Im Vordergrund stehen beiderseits akute Themen, die unter Berücksichtigung der politischen Realität diskutiert werden sollen. Das Jordan River Rehabilitation Project ist ein Beispiel gelungener Kooperation von Palästinensern, Israelis und Jordaniern.³⁷ Vorrangiges Ziel der Organisatoren ist es, das gemeinsame ökologische Erbe im Jordantal zu schützen. Hiervon würden alle Seiten profitieren. Für Umweltprojekte dieser Art verpflichtet die Initiative einheimische Wissenschaftler, um ein regionales Verständnis in Bezug auf das Problem zu erhalten und dann eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, wie Entscheidungsträger, Medien und die breite Öffentlichkeit erreicht werden können. Das Argument hinter der themenspezifischen Zusammenarbeit ist, dass akute Probleme, vor allem im Umweltbereich, nicht

37 | Jordan River Rehabilitation Project/EcoPeace Middle East, http://foeme.org/www/?module=projects&record_id=23 [21.04.2015].

auf eine politische Lösung warten können und eines raschen gemeinsamen Handelns bedürfen. Doch auch bei themenspezifischen Dialogprojekten schränkt die komplexe politische Realität häufig die reibungslose Zusammenarbeit ein, was dazu führt, dass Projekte dieser Art in der Durchführung immer vor großen Herausforderungen stehen.³⁸

AUSWIRKUNGEN

Angesichts des aktuellen politischen Stillstandes und des zunehmenden Auseinanderdriftens von Israelis und Palästinensern ist zu erwarten, dass die palästinensische Anti-Normalisierungsbewegung weiter an Zulauf gewinnen wird. Zudem ist eine Lockerung der Bewertungskriterien, was als Normalisierung eingestuft wird, nicht absehbar. Der Einfluss der palästinensischen Normalisierungsgegner auf die Regierung bleibt jedoch ambivalent. Zwar ist die Frustration über den gescheiterten Friedensprozess und der Mangel an politischem Fortschritt auch auf der Regierungsebene angekommen, wie der politische Strategiewechsel veranschaulicht. Jedoch hat dies auf Seiten der PA nicht dazu geführt, den Dialog auf politischer Ebene mit Israel oder israelischen Organisationen in Zukunft auszuschließen. Präsident Abbas erklärt sich

Besonders in Fragen der Grundversorgung wird die palästinensische Führung auch mittelfristig den Dialog mit Israel weiterführen müssen.

nach wie vor bereit, in den politischen Dialog zu treten, selbst wenn die Regierung damit den Unmut der palästinensischen Bevölkerung auf sich zieht. Besonders in Fragen der Grundversorgung wird die palästinensische

Führung auch mittelfristig den Dialog mit Israel weiterführen müssen. Denn weder können bestehende Abkommen einfach gebrochen werden noch können sich die Palästinenser in absehbarer Zeit autark versorgen, was in großen Teilen durch die Besatzung bedingt ist; rund 98 Prozent des Stroms importieren die Palästinenser von Israel, die Wasserversorgung der Westbank ist an Israel gekoppelt und die gegenseitige Sicherheitskooperation ist im Interesse sowohl der PA als auch Israels.

38 | Herausforderungen sind einerseits logistischer Art, andererseits gibt es vermehrt Schwierigkeiten, geeignete neue Teilnehmer zu finden. Dabei geht es nicht nur darum, ob die Teilnehmer selbst an solchen Projekten teilnehmen wollen, sondern auch, ob sie damit als „Normalisierer“ abgestempelt werden.

Gegenwärtig ist nicht abzusehen, wohin die Internationalisierungsstrategie die Palästinenser führen wird. Eine dauerhafte und nachhaltige Lösung des Konflikts wird nur in bilateralen Verhandlungen erzielt werden können. Spätestens dann ist es notwendig, dass beide Seiten über einen Partner im anderen Lager verfügen. Dies kann jedoch nur erfolgen, wenn beide Seiten frühzeitig in einen ehrlichen und offenen Dialog treten. Die Anti-Normalisierungsbewegung muss sich daher Gedanken machen, ob und inwiefern ihre Position das Friedenslager auf israelischer Seite schwächt. Denn damit stärke man nur jene Kräfte, die den Status quo aufrechterhalten wollen.³⁹

Normalisierungsgegner müssen sich Gedanken machen, ob und inwiefern ihre Position das Friedenslager auf israelischer Seite schwächt.

Auch die Organisationen, die im Bereich des israelisch-palästinensischen Dialogs tätig sind, müssen sich auf die wachsende Anti-Normalisierungsbewegung einstellen. Bereits jetzt sind Dialogprojekte sowohl in der Planung als auch in der Durchführung komplizierter geworden. So fällt es zunehmend schwer, palästinensische Teilnehmer für Dialogprojekte zu finden,⁴⁰ da diese mitunter zum direkten Ziel von Anti-Normalisierungskampagnen werden. Die daraus resultierende Skepsis verleitet viele Palästinenser dazu, von vornherein nicht an Dialogprojekten teilzunehmen. Und diejenigen, die dazu bereit sind, den Kriterienkatalog nicht so streng auszulegen, müssen selbst dann noch von Seiten der Normalisierungsgegner Anfeindungen fürchten, wenn es von Seiten der Regierung eine offizielle Absegnung der Teilnahme gibt.

Die Dialogbereitschaft zwischen Israelis und Palästinensern kann letztendlich nur dann erhöht werden, wenn auf politischer Ebene eine klare Vision und Bereitschaft zur Lösung des Konflikts aufgezeigt wird. Hier können vor allem externe Akteure – unter ihnen auch Deutschland – einen wichtigen Beitrag leisten. Wie jüngst eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung ergeben hat,⁴¹ ist kein Land bei Israelis und Palästinensern so beliebt wie die Bundesrepublik. Trotz der realistischen Einschätzung der Palästinenser über die engen deutsch-israelischen Beziehungen wünschen sich viele Menschen in der Westbank und gerade im Gazastreifen

39 | Vgl. Dan Goldenblatt, „On anti-normalization: Joint Israeli-Palestinian activism must continue“, +972, 16.02.2012, <http://972mag.com/on-anti-normalization-joint-israeli-palestinian-activism-must-not-be-stopped/35524> [13.05.2015].

40 | Ebenso schwierig ist es, Teilnehmer auf israelischer Seite zu finden, auch wenn die Beweggründe hier andere sein mögen.

41 | Vgl. Michael Borchard/Hans Maria Heÿn, „Das Heilige Land und die Deutschen“, KAS-Länderbericht, 12.01.2015, <http://kas.de/wf/de/33.40104> [13.05.2015].

engere bilaterale Beziehungen und ein stärkeres Engagement Deutschlands im Nahen Osten. Dieses wichtige politische Kapital und die hohe Akzeptanz auf beiden Seiten kann dazu genutzt werden, beiderseitige Ressentiments abzubauen, bestehende Dialogkanäle zu stärken und neue Dialogmaßnahmen ins Leben zu rufen.

Der Aufsatz wurde im April 2015 fertiggestellt.